

Bezugspreis  
monatlich 700.—  
in den Ausgabestellen 750.—  
durch Zeitungsboten 800.—  
am Postamt 880.—  
ins Ausland 200 deutsche Mk.

Verleger:  
227-3111

Verl.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Posen: Nr. 20283 in Posen.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausbesserung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erste Seite  
an allen Verlagen.

Anzeigenpreis:  
f. d. Millimeterzeile im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens 40.— M.  
Restameil 140.— M.

Für Anzeigen: Millimeterzeile im Anzeigenteil 15.— d. M.  
aus Deutschland: Restameil 50.— d. M.

## Wahlkampf und Wahrheit.

Auf die Erklärung des deutschen Wahlausschusses und andere Äußerung dazu in Nr. 247 des „Posener Tagebl.“ antworten die „Posener Neuesten Nachrichten“ in ihrer Nr. 7067 (Mittwoch, den 1. November) in einem Erguß, der von Anfang bis zu Ende nichts anderes ist, als ein gehässiges Geschimpfe und — vor allen Dingen — eine glatte Entstellung der Tatsachen.

Es steht einwandfrei fest, daß in der Sitzung des deutschen Wahlausschusses am 26. Oktober schon beschlossen wurde, für die sozialdemokratische Liste — 2 — einzutreten und daß die Redaktion der „Posener Neuesten Nachr.“, die der Einladung zu dieser Sitzung nicht gefolgt war, unmittelbar nach der Sitzung von diesem Beschluß verständigt wurde und zunächst auch in einem diesem Beschluß entsprechenden Leitartikel ihre Leser von der veränderten Wahltaktik der Deutschen in der Stadt Posen benachrichtigte: anders konnte der Aufsatz „Wahlgedanken“ in der Sonnabendnummer der „Posener N. Nachr.“ natürlich gar nicht verstanden werden — er sollte natürlich auch gar nicht anders verstanden werden —, und es kann keine Rede davon sein, daß wir durch Anführung eines „aus dem Zusammenhang herausgerissenen“ Satzes den „Neuesten Nachr.“ das Wort im Munde umzubringen versuchen, wie jetzt die Redaktion der „Neuesten Nachr.“ behauptet, indem sie leugnet, was sie selbst gesagt hat.

Es ist nicht wahr, daß das „Posener Tageblatt“ entgegen einem Beschluß des Wahlausschusses den deutschen Wählern der Stadt Posen die Liste 2 aufzuzwingen versucht und daß der Wahlausschuß — wie die „Posener N. N.“ behaupten — sich nachträglich mit dem „Posener Tageblatt“ solidarisiert hat. Das Gegenteil davon ist wahr. Das „Posener Tageblatt“ hat unmittelbar nach der entscheidenden Sitzung seinen Lesern die Notwendigkeit dargelegt, für die Liste 2 zu stimmen, und hat damit das getan, was getan werden mußte, damit einer Zersplitterung der deutschen Stimmen vorgebeugt würde. Vor allen Dingen haben wir damit sachlich vollkommen im Sinne des Wahlausschusses des Wahlausschusses gehandelt. Der einzige Meinungsunterschied zwischen uns und dem Wahlausschuß bestand darin, daß der Ausschuß erwartet hatte, wir werden unsere Leser zunächst „vorbereitend“ orientieren, während wir der Ueberzeugung waren, es müßte mit allem Nachdruck klar und deutlich gesagt werden, wie die Wahlparole für die Deutschen in der Stadt Posen jetzt zu lauten hat; ein Vertreter der Redaktion des „Pos. Tagebl.“ hat das in der Sitzung des Wahlausschusses am 26. Oktober auch mit voller Klarheit zum Ausdruck gebracht, ohne daß ihm widersprochen worden wäre. Die Hauptsache ist: Sämtliche Mitglieder des Wahlausschusses und die hinzugezogenen Vertreter der deutschen Bevölkerung und der Presse verließen die Sitzung in voller Uebereinstimmung darüber, daß beschlossen worden war, für die Liste 2 zu stimmen.

Tatsache ist und bleibt: Die „Posener Neuesten Nachrichten“ sind von Freitag auf Sonnabend umgefallen und agitieren jetzt entgegen ihrer eigenen Stellungnahme im Leitartikel „Wahlgedanken“ für eine ausgesprochen deutschfeindliche Partei. Wir stellen das hiermit noch einmal fest.

## Die Schriftleitung des „Posener Tageblattes“.

### Der Dank.

Der zum Lager der Nationalen Arbeiterpartei gehörende und für die Liste 7 agitierende „Przeglad Poranny“ schreibt in seiner Nr. 293 (Mittwoch, den 1. November):

„Die unerbetene Unterstützung der Liste der N. P. A. durch die Deutschen ist unvorstellbar und unerwünscht. Vergessen wir nicht, daß es sich hier um eine einseitige Maßnahme handelt, die die Nationale Arbeiterpartei nicht veranlaßt hat.“

### Eine Pressestimme.

Unter der Überschrift „Die N. P. A. sucht deutsche Stimmen“ schreibt die Bromberger „Deutsche Rundschau“:

Jetzt benutzt die Nationale Arbeiterpartei die Unsicherheit im deutschen Bürgerlager Posens dazu, um daraus für sich Kapital zu schlagen. Durch die nur in kleiner Auflage erscheinenden „Posener Neuesten Nachrichten“ die mit 50 bischen Lettern in einer polnischen Druckerei gedruckt werden, bittet die N. P. A. um die Unterstützung der deutschen Wähler. Wählt Liste 7, nicht Liste 2, so heißt es in einem ganzseitigen Aufruf der genannten Partei-Zeitung. Der Wahlkampf ist doch ein großer Verwandlungskünstler: Die N. P. A. die zu den unermüdlichsten Rufen im Streit gegen die deutschen „Kreuzritzer“ gehören, sind plötzlich um ein paar verlorene deutsche Stimmen in der großpolnischen Hauptstadt bemüht. Wie ein Deutscher heute noch dazu kommen soll, den Votum zum Gärtner zu wählen, erscheint uns unerfindlich.

## Deutscher Wähler in der Stadt Posen!

Du wählst am 5. November  
die Liste

2.

## Republik Polen.

### Die Absteckung der Ostgrenze.

Amlich wird gemeldet: Die gemischte Grenzkommission hat ihre Tätigkeit in Wolhynien und Ostgalizien beendet. In der Vollziehung beider Delegationen der Grenzkommission in Wolhynien, Bo-molodschyska Russisch-Polnisch und Kamieniec Podolski wurde die Grenze für 446 km bereits abgesteckt. Bisher wurde die Grenze auf 873 km abgesteckt. Da die russischen Delegierten nach Moskau fahren mußten wurden die Sitzungen bis zu ihrer Wiederkehr unterbrochen.

### Die nächsten Aufgaben des Sejms und des Senates.

Nach Artikel 25 der Verfassung muß der Sejm am dritten Dienstag nach den Wahlen, somit am 21. November einberufen werden. Laut Artikel 37 gilt die Bestimmung des Artikels 25 auch für den Senat so daß dieser am 28. November zusammentreten muß. Da gleichzeitig die Funktionsdauer des Staatschefs endet, werden Sejm und Senat auf Einladung des Sejmarschalls und unter dessen Vorsitz zu einer gemeinschaftlichen Sitzung, in der die Wahl des Präsidenten der polnischen Republik erfolgen wird, sich vereinen. Ferner erfolgt die Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes, die im Sinne des Artikels 64 sofort nach der Konstituierung sowohl im Sejm, als auch im Senat vorzunehmen ist.

### Der polnisch-ungarische Handelsvertrag.

Am Dienstag fand im Ministerium für Handel und Industrie eine ministerielle Vorberatung zur Erörterung des Projektes für den polnisch-ungarischen Handelsvertrag statt. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Staaten über den Abschluß des genannten Vertrages beginnen Ende dieser Woche. Da in Ungarn zahlreiche Einfuhrverbote bestehen, ist vorzulegen, in dem polnisch-ungarischen Vertrag genaue Kontingente für Waren, die die polnische Ausfuhr interessieren für eine bestimmte Zeit festzusetzen.

### Ein Freundschaftsvertrag zwischen Polen und China.

In kurzer Zeit soll ein sogenannter Freundschaftsvertrag zwischen Polen und China als erster Schritt zur Annäherung zwischen diesen beiden Staaten abgeschlossen werden. Maßgebende Faktoren sind der Meinung, daß Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen Polen und China bald nach Abschluß dieses Vertrages beginnen werden.

### Die Rückbeförderung von Kirschglocken aus Rußland.

Am Dienstag sind in Warschau 3 Waggons mit Glocken angekommen, die während des Krieges nach Rußland transportiert worden sind. Diese Waggons bilden den letzten Teil des Warentransportes aus Nischni-Nowgorod.

### Vor der Abreise Skirmunts nach London.

Der Ministerpräsident hat am Dienstag den nach London abreisenden neuen polnischen Botschaftern in London, Konstanty Skirmunt, in Audienz empfangen.

### Die Trunksucht unter den oberschlesischen Eisenbahnern.

Die Eisenbahndirektion in Katowitz erließ nachstehendes Rundschreiben:

„Ein gewisser Teil der Eisenbahner des hiesigen Bezirks läßt sich, wie festgestellt wurde, sowohl während als auch außerhalb des Dienstes, und zwar sowohl auf dem Terrain der Eisenbahn als auch auf der Straße und öffentlichen Plätzen strafbare Handlungen zu schulden kommen durch ihr direkt arrogantes Benehmen dem Publikum gegenüber. Ja, einige von ihnen lassen sich sogar tätliche Mißhandlungen gegenüber Privatpersonen zu schulden kommen, was wiederholt zu Klagen seitens der Gesellschaft Veranlassung gab. Derartige Ausschreitungen lassen sich die Eisenbahner vorwiegend in trunkenem Zustande zu schulden kommen. Sämtliche Eisenbahner müssen begreifen lernen, daß ein derartiges Vorgehen der Eisenbahner der Arbeit zur Befriedung des Eisenbahnwesens einen gewissen Abbruch tut, und zwar insbesondere der Eisenbahnbehörde, der es an einer guten Meinung der gesamten Bevölkerung gelegen ist.“

Derjenige Teil der Eisenbahner, der der Trunksucht frönt, wird niemals imstande sein, den Eisenbahnbehörden bei der Befriedung des Eisenbahnwesens auf seinen normalen Stand behilflich zu sein, denn dies kann einzig und allein nur dann geschehen, wenn ein jeder Eisenbahner vollständig nüchtern zur Arbeit erscheint und mit Rat und Tat mitwirkt.

Um nun die Leistungsfähigkeit des Eisenbahnverkehrs aufrecht zu erhalten, steht die Direktion gezwungen, in Zukunft zu den allerstärksten Vorbeugungsmaßnahmen zu greifen, und zwar um der Demoralisation, die unter einem gewissen Teil der Eisenbahner des hiesigen Bezirks Platz gegriffen hat, entgegenzuwirken.

Die einzelnen Ämter werden daher angehalten, in Zukunft alle Eisenbahner, die sich gegen die Vorschriften über das Verhalten sowohl während als auch außerhalb des Dienstes vergehen und ihre Obliegenheiten infolge Trunksucht vernachlässigen, mit einer Ordnungsstrafe zu belegen, im Falle der Wiederholung aber die Schulden ihres innegehabten Postens zu entheben und einen niedrigeren anzudeuten oder aber gänzlich aus dem Eisenbahndienst zu entlassen, bzw. bei der Direktion zu beantragen, ihnen die Entlassung aus dem Dienst zu gestatten. Alle ernstesten Fälle eines ungebührlichen Benehmens der Eisenbahner sind dagegen der Direktion zur Prüfung und Beurteilung vorzulegen.“

### Die Gemeinderatswahlen in Teschen und Bielitz.

An den Gemeinderatswahlen in Teschen und Bielitz am 31. Oktober nahmen von etwa 10 000 wahlberechtigten Personen 8321 teil also etwa 82 v. H.

Das Ergebnis der Wahlen war:  
In Bielitz: 17 Deutsche 8 Sozialdemokraten, 7 Juden, 4 Polen.

In Teschen: 17 Deutsche, 13 Polen, 3 Sozialdem., 3 Juden.  
Dieses Ergebnis der Wahlen brachte weder den Deutschen noch den Juden eine Überraschung, denn beide kannten ihre Kraft in Bielitz. Auch das Ergebnis in Bezug auf die Sozialdemokraten war erwartet worden. Die Wahl hat gezeigt, wie in Bielitz und Teschen die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen.

## Von der undeutschen „deutschen“ Reptilienpresse.

Seiber existieren in Polen Zeitungen, die sich zwar den deutschen Sprache bedienen, dabei aber einen durchaus undeutschen, ja mehr und mehr anti-deutschen Charakter tragen. Das widerlichste dieser Blätter, die aus Feigheit und Gewinn-sucht ihren eigenen Volksgenossen in den Rücken fallen, ist die in Graudenz erscheinende „Weichselpost“, bekannt unter dem Namen „Weichselpest“. Dieses Blatt erlaubt sich, gegen den Minderheitenblock aufzutreten und diesen offen zu verhöhnen; besonders das Zusammenarbeiten von Deutschen und Juden im Minderheitenblock gibt dem sich geistreich dünkelnden Redakteur der „Weichselpost“ Gelegenheit, seine dummen und unanständigen Wisse vom Stapel zu lassen. In der übelsten Weise versucht dieses Reptilienblatt, die deutsche Einmütigkeit und Freundschaft für die Wahlen zu sprengen. Es brachte kürzlich wieder die tendenziöse Meldung, daß der Abg. Spidemann, Lobz, aus dem Block der Minderheiten ausgeschieden sei. Nach der „Lobzer Freien Presse“, die der „Weichselpost“ Lüge vorwirft, entspricht diese Nachricht den Tatsachen nicht. Ferner erlaubt sich dies Blatt die lächerliche Behauptung, der Minderheitenblock wolle eine staatsfeindliche Tätigkeit ausüben. In diesem Punkte ist ja jeder Deutsche über den wahren Sachverhalt aufgeklärt, daß nämlich der Block aus Selbsterhaltungstrieb gegründet wurde, um die bedrohten Interessen der verschiedenen Minderheiten zu schützen. Nur Deutscheinnde können den Versuch machen, ihre Leser in dieser Weise zu betrügen.

Ein anderes polnisches Söldlingsblatt ist die Thorer Zeitung, die jetzt endlich die heuchlerische Maske hat fallen lassen und klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß sie kein deutschgesinntes Blatt ist. Die Kreisvereinsung Thors des Deutschthumsbundes hat diesem Blatte Inserate betreffs Wahlveranlassungen aufgeben wollen. Das Blatt hat darauf der Kreisvereinsung mitgeteilt, daß es derartige Inserate nicht aufnahme und es sich ein für allemal verbiete, daß ihm derartige Inserate angeboten würden. Damit hat die Thorer Zeitung offen ihre vollstverräterische Gesinnung ausgegeben. Dieses Blatt also will die Deutschen davon abhalten, sich an dem politischen Leben zu beteiligen und ihre durch die Verfassung gewährleisteten Bürgerrechte in Anspruch zu nehmen. Jeder Deutsche, der noch einen Funken von deutschem Selbstbewußtsein in seiner Brust hat, der sich nicht selbst zum Bürger zweiter Klasse degradieren will, sollte derartigen Reptilienblättern den Eintritt in sein Haus und die Aufgabe von Anzeigen in ihnen ein für allemal versagen.

Niemand lasse sich dadurch täuschen, daß diese Blätter oft längere Zeit ganz fromm, zahm und harmlos erscheinen, um dann plötzlich einmal ihr Gift um so konzentrierter zu verpöhen. Entscheidend für die Beurteilung ist bei jedem Blatt die Haltung an kritischen Tagen, wie sie jetzt die Zeit der Wahlen bringt.

Wie die anständige polnische Presse über ein Blatt wie die „Weichselpost“ denkt, zeigt ein Artikel der Zeitschrift „Wysl Niepodlegla“ vom 7. Oktober. Hierin wird die Vermählungsanzeige eines polnischen Offiziers, die in der „Weichselpost“ in deutscher Sprache erschienen ist, abgedruckt und mit bitterem Hohn beurteilt. Diese polnische Zeitschrift, die keineswegs nationalistisch ist, empfindet also auch Mißtrauen gegenüber der „Weichselpost“ und ihrer Charakterlosigkeit und wendet sich gegen sie. Dieses undeutsche Blatt wird also auch von den Polen nicht als polnisches anerkannt, so daß offenbar die „Weichselpost“ und die ihr verwandte „Thorer Zeitung“ vollständig farblos und bestimmungslos Wesen sind.

Aber vielleicht tun wir dieser Presse Unrecht. Vielleicht handelt sie nicht aus Charakterlosigkeit und Gewinnsucht, sondern sie verfolgt in Wirklichkeit die Ziele, die sich Konrad Wallenrod, die bekannte Figur der Mickiewiczischen Erzählung, zur Aufgabe gesetzt hat, nämlich ins feindliche Lager überzugehen, um dieses von innen heraus um so besser verderben zu können. Denn der größte Schaden, der einem Staat zugefügt werden kann, ist doch wohl die Verbreitung der Charakterlosigkeit unter den Bürgern dieses Staates.

## Deutscher Wähler in der Provinz!

Du wählst am 5. November  
die Liste

16.



## Deutschland und die Entente.

### Der Beginn der Reparationsverhandlungen.

Die Reparationskommission wurde am Dienstag mittag vom Reichskanzler in Gegenwart der an den Verhandlungen beteiligten Staatssekretäre empfangen. Dr. Wirth begrüßte die Kommission und besonders Herrn Barthou. Er wünschte, daß es ihm vergönnt sein möge, seine Arbeit mit Erfolg für die in der Kommission vertretenen Völker und für Deutschland zu führen. Der Kanzler erklärte, er begrüße die Initiative, Gläubiger und Schuldner zusammenzuführen, um einen Ausweg zu finden. Er und seine Mitarbeiter stellten sich mit voller Offenheit und Aufrichtigkeit zur Verfügung.

Dr. Wirth wies dann auf die Veränderungen hin, die in der Lage Deutschlands seit dem Besuche des Garantiekomitees im Juli eingetreten sind. Die bisherigen Versuche, aus der kranken deutschen Wirtschaft größere Leistungsfähigkeit herauszuholen, hätten weder Gläubiger, noch Schuldner befriedigt. Der richtige Weg sei, die höchst kranke Wirtschaft zu heilen. Der Kanzler stellte die Stabilisierung der Währung als das Kernproblem der Aufgabe hin. Man müsse schnell zu praktischen Vorschlägen kommen und sie rasch durchführen. Nur eine schnelle Aktion könne die Lage retten und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wiederherstellen.

### Barthous Antwort.

Herr Barthou erwiderte, in den Worten des Kanzlers liege ein Zeugnis und ein Programm. Das Zeugnis über die Lage Deutschlands bilde das erste Blatt des Aktienstücks, das die Kommission zusammenstellen werde. Bezüglich des Programms meinte Barthou, der Kanzler habe eher Fragen aufgeworfen, als den Weg zur Lösung gewiesen. Für das Versprechen, mit voller Offenheit und Ehrlichkeit mitzuarbeiten, danke er dem Kanzler. Die Kommission sei nach Berlin gekommen, um einen kranken Körper zu behandeln. Sie müsse daher die ganze Ausdehnung und alle Reichen der Krankheit kennen lernen. Der Tag sei gekommen, ohne Umschweife zu sprechen. Von heute nachmittag an heiße die Parole: Arbeiten!

Bereits am Nachmittag fand im Reichsfinanzministerium die erste Sitzung der Kommission mit den beteiligten deutschen Ressorts statt. Die Beratungen dauerten von 6 bis 18 Uhr. Es nahmen daran teil: Die Hauptdelegierten der Reparationskommission und von deutscher Seite Finanzminister Dr. Hermes, der Staatssekretär im Finanzministerium Schröder, der Vorsitzende der Kriegskostenkommission Fischer und der ehemalige Staatssekretär Bergmann. Die Verhandlungen werden morgen vormittag im Finanzministerium fortgesetzt.

### Die erste Sitzung.

Berlin, 1. November. Die gestrige Sitzung der deutschen Ressorts mit der Reparationskommission war fast vollständig ausgefüllt mit eingehenden Darlegungen von Dr. Hermes und Dr. Schröder über die Lage des deutschen Budgets. Die Delegierten der Reparationskommission stellten hier und da Zwischenfragen. Die Beratungen werden heute nachmittag um 4 Uhr fortgesetzt werden. Die Delegierten der Reparationskommission traten gestern nachmittag zu einer internen Sitzung zusammen, in deren Verlauf das Projekt Delacroix besprochen wurde. In gut unterrichteten diplomatischen Kreisen wird der Standpunkt vertreten, daß die Aussichten für einen Ausgleich diesmal günstiger sind als die letzten Male.

### Barthous drei Punkte.

Berlin, 1. November. In den heutigen Verhandlungen der Reparationskommission mit den Mitgliedern der deutschen Regierung äußerte Reichsfinanzminister Dr. Hermes seine Auffassung darüber, was in Betracht gezogen werden müsse, wenn einer weiteren Verschlechterung des Marktkurses nachhaltig und mit Erfolg entgegengetreten werden solle. Er legte auch die Umstände dar, die notwendig seien, um das richtige Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Budgets herzustellen. Die Verhandlungen werden morgen bereits um Mittag beginnen. In der gestrigen Sitzung stellte Barthou als Hauptaufgabe, die bei den Verhandlungen behandelt werden müßten, die Bilanzierung des Budgets, die Frage der schwebenden Schuld und die Stabilisierung der Markkurse. Die Kommission wolle die deutsche Souveränität nicht antasten. Sie hoffe aber auf lokale Zusammenarbeit und sei auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt, eingehende Fragen zu stellen. Der deutsche Staatssekretär Schröder teilte mit, daß das voraussichtliche Defizit des Budgets in diesem Jahre 440 Milliarden betragen werde.

### Bradbury über die Reparationskommission.

Paris, 31. Oktober. Bradbury hat noch am Sonnabend in London offiziell versichert, daß die Vermutung, Deutschland soll zu neuen Zugeständnissen gezwungen werden, jeder Begründung entbehre. Die Regierung des Kanzlers Wirth habe unter den schwierigsten Umständen das irgend Mögliche getan und sich „höchst ehrenwert“ benommen. Alle Delegierten der Reparationskommission hätten in ihrer letzten Beratung trotz Meinungsverschiedenheiten den besten Willen zum Ausgleich gezeigt. Die Reparationskommission begäbe sich nach Berlin, um ein engeres Zusammenarbeiten mit der deutschen Regierung durchzusetzen und über die Methode der Kontrolle nach Rücksprache mit den amtlichen Stellen bindende Abmachungen zu treffen.

### Stinnes hält seinen Kontakt.

Paris, 31. Oktober. (Tel.-An.) Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ erfährt von einer leitenden Finanzpersonlichkeit, daß das Abkommen Stinnes-Luxemburg durchgeführt werden dürfte. Stinnes habe erklärt, daß die ersten Lieferungen in nächster Zeit beginnen würden, und wenn er einen Kontrakt unterzeichne, pflege er ihn auch durchzuführen.

### Abwartende Haltung Amerikas in der Schuldenfrage.

Washington, 1. November. Bezüglich der Teilnahme an der internationalen Wirtschaftskonferenz, auf der die Schuldenfrage diskutiert werden soll, nimmt die amerikanische Regierung eine abwartende Haltung ein. Die Regierung soll der Ansicht sein, daß ein Erlaß der Schulden keine Lösung des Problems darstelle. Betrachtet jedoch die allgemeine Lage als nicht entmutigend. Sie wird bei den Schuldnerstaaten nicht auf sofortige Zahlung drängen, sieht aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß diese Schulden nationale Verpflichtungen darstellen. Die Verhandlungen werden so lange andauern, bis eine Lösung gefunden sein wird. Im Augenblick werden Anstrengungen hinsichtlich der Vertretung der Vereinigten Staaten in dem internationalen Gerichtshof gemacht. Die Regierung wünscht aber unter allen Umständen selbst ihre Vertreter zu ernennen.

## Danziger Kurse vom 2. November.

Die polnische Mark in Danzig .... 32 3/4

Der Dollar in Danzig ..... 4600

Tendenz: unentwickelt.

## Die kommende Orientkonferenz.

### Zwei Angora-Noten.

Paris, 1. November. (Telunion.) Einer englischen Meldung aus Konstantinopel zufolge haben die Vertreter der Angoraregierung gestern zwei Noten an die interalliierten Kommissare gerichtet. In der ersten Note erklärt sich die Angoraregierung mit der Wahl Lausanannes für die Konferenz einverstanden, fordert aber Erleichterungen in der Verbindung zwischen Lausanne und Angora. In der zweiten Note protestiert die Regierung gegen die an die Konstantinopeler Regierung gerichtete Einladung. Diese Einladung verleihe den Sinn des Mudania-Abkommens und wäre eventuell ein Grund für die Vertreter Angoras, der Konferenz fernzubleiben.

### Paris-Londoner Meinungsanstand.

Paris, 1. November. Die Antwort der Angora-Regierung ist Gegenstand eines Paris-Londoner Meinungsanstandes geworden. Nach einer offiziellen Notiz des „Journal des Débats“ berührt in amtlichen Kreisen der Eindruck vor, daß die Note als Zustimmung zur Lausaner Konferenz zu betrachten ist. Der Protest Angoras gegen die Einladung des Konstantinopeler Kabinetts werde voraussichtlich dahin beantwortet werden, daß es sich um eine innerpolitische Angelegenheit handelt, über die sich Angora und Konstantinopel verständigen müßten. Wie der Vertreter der „Vossischen Zeitung“ in politischen Kreisen feststellen konnte, betrachtet man die Antwort Angoras als Befestigung der Befürchtung, daß die wahren Schwierigkeiten erst beim Friedensschluß und der endgültigen Regelung der Meerengenfrage begreifen werden. Die Gegner der türkenfreundlichen Richtung versuchen die jetzt vorherrschende Verstimmung über die Ansprüche der Kemalisten auszunutzen, um Regierung und Öffentlichkeit zum Abstreifen von den Türlen und zum gemeinsamen Vorgehen mit England im Orient zu gewinnen. Mit der Möglichkeit einer solchen Umstellung wird ernstlich gerechnet. Der türkenfreundliche „Temps“ erklärt, es sei falsch, die Angoranote als Annahme von Lausanne aufzufassen. Die Kemalisten hätten wiederholt den Wunsch geäußert, daß die Konferenz in Paris stattfinden. Es sei nicht ersichtlich, warum dieser Wunsch nicht erfüllt werde. Der Protest gegen die Einladung Konstantinopels sei sehr berechtigt. Das Blatt schlägt vor, einstweilen nur einen Präliminarfrieden zur Festsetzung der Grenze und grundsätzliche Verständigung in der Meerengenfrage, der grundsätzliche Annahme der Maßnahmen zum Schutze der Minderheiten usw. zu schließen und den endgültigen Friedensvertrag und das Meerengenstatut dann in aller Ruhe auszuarbeiten.

### Unzufriedenheit mit Frankreich in der Türkei.

In französischen amtlichen Kreisen herrscht wie die „Danziger Zeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, lebhaft Beunruhigung wegen der Haltung der Türken. Es war bisher nicht möglich, authentische Angaben über den Grund dieser Beunruhigung zu erlangen. Der „Quai d'Orsay“ hat offenbar Informationen erhalten, aus denen hervorgeht, daß die Türken Forderungen stellen wollen, die von den verbündeten Großmächten nicht angenommen werden können. Auf türkischer Seite scheint der Verdacht zu bestehen, daß die Großmächte dem Siege der Kemalisten nicht in dem von Angora gewünschten Umfang Rechnung tragen wollen. Die Verstimmung der Türken hat Ausbreitungen zur Folge gehabt, aber die Genauerheiten hier bisher nicht mitgeteilt wurde. Allem Anschein nach waren diese Ausbreitungen gegen die Westmächte gerichtet. Franzosen und Engländer scheinen sogar mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Türken in ihrem Unmut die Waffenstillstandsbedingungen verletzen und nach Konstantinopel marschieren könnten.

Paris 31. Oktober. Bericht, Poincaré habe den französischen Botschafter in London beauftragt, heute mit Lord Curzon über die beunruhigenden Konstantinopeler Nachrichten von angeblichen Plänen der Türken zu sprechen. In später Stunde verlautet, in Mudania hätten antifranchische Kundgebungen stattgefunden, die dadurch zu erklären seien, daß Frankreich nicht alle Verheißungen Franklin Drouillons erfüllen könnte. Es verlautet, daß der französische Teil des europäischen Friedhofs in Smyrna von den Türken verunreinigt worden sei. Auch in Konstantinopel hätte die Türkei ihre Verstimmung gegen Frankreich zu erkennen gegeben.

### Lausanne als Ort der Orientkonferenz.

Paris, 31. Oktober. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Regierung von Angora mit der Wahl Lausanannes als Ort der Friedenskonferenz einverstanden sei und erklärt habe, die Einladung zur Konferenz annehmen zu wollen.

Paris, 31. Oktober. Aus London wird gemeldet, daß die Sowjetregierung die Einladung zur Konferenz nach Lausanne mit dem Ersuchen einer Ausklärung gewisser Punkte beantwortet habe. Die Form der Einladung verlange eine Ausklärung nach verschiedenen Richtungen.

### Ministerkonferenzen auf dem Balkan.

Eine Reihe von Ministerzusammenkünften steht unmittelbar bevor, so zwischen dem südslawischen Minister des Äußeren Dr. Rincic mit dem griechischen Außenminister in Stoptilje bei Leskib und dann mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Stamulinski in Belgrad. Augenblicklich wird Rincic nach Temeswar reisen, um dort mit dem rumänischen Außenminister Duce zusammenzutreffen. Alle diese Besprechungen gelten ausnahmslos der Konferenz des nahen Orients. Die Balkanstaaten wollen ein gemeinsames Vorgehen vorbereiten und wenn möglich schon jetzt beschließen. Die Beratungen werden alle vor der Lausaner Konferenz beendet sein.

### Kriegspläne der Sowjets zur Eroberung Arabiens.

Paris, 31. Oktober. Aus Moskau wird gemeldet: Tschitscherin hat an die rumänische Regierung eine Note gerichtet, in der gegen die Haltung Rumäniens in der Abrüstungsfrage Einspruch erhoben wird. Die Sowjetregierung könne keinerlei Beziehungen zur rumänischen Regierung unterhalten, so lange sie sich von der Abrüstungskonferenz fernhalte.

Nach einer Havasmeldung aus Riga hat der revolutionäre Rat sich am 25. Oktober mit dem Plan befaßt, Bessarabien zurückzuerobern, falls die diplomatischen Mittel zur Wiedervereinigung dieser Provinz mit Rußland keinen Erfolg haben sollten.

### Amerikas Haltung auf der Orientkonferenz.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Myron Th. Herrick, hat Poincaré besucht und ihm namens der amerikanischen Regierung eine längere Mitteilung überreicht, in der die Vereinigten Staaten ihre Haltung auf der Orientkonferenz festlegen.

Es ist bereits gemeldet, daß die Washingtoner Regierung es ablehnt, offizielle Delegierte zu entsenden, sondern sich mit „Beobachtern“ begnügen wird. In der Note führt das Staatsdepartement aus, warum die Vereinigten Staaten diese Haltung einnehmen. Gleichzeitig werden einzelne Punkte bekannt, an denen die Vereinigten Staaten interessiert sind und bei deren Beratung ihre Vertreter mitwirken sollen. Es sind dies zunächst: 1. Schutz und Garantie für die philantropischen Einrichtungen religiöser und erzieherischer Art, 2. Zusage von Aktionsfreiheit für den Handel, 3. Zusage von Garantien für den Schutz der Minderheiten, 4. Zusage von Garantien für die Freiheit der Meerengen, 5. Erleichterungen für archäologische Studien. Es heißt in der Note: Vorstehende Angaben können, obgleich sie unpolitisch sind, dazu dienen, allgemein die Art der amerikanischen Interessen klarzulegen. Als Beobachter der Union sind aller Voraussicht nach der Gesandte in Bern, Crew, und Admiral Bristol anzusehen.

## Aus England.

### Unzufriedenheit mit Bonar Law.

Die Wirkung des Aufstufes Lloyd Georges an das Volk und der Umstand, daß das allgemeine Gefühl infolge der Art und Weise seines Sturzes sehr zu seinen Gunsten ist, hat die Konserverativen Bonar Laws in solchem Maße bestürzt, daß sie bereits heute nach einem energischeren Führer rufen. Sie fragen sich, ob der neue Premier wirklich so sehr geeignet ist, ihr Chef zu sein, wie sie ursprünglich annahmen. Umfragen unter der Masse der konserverativen Partei haben ergeben, daß man mit Bonar Laws Wahlmanifest ziemlich unzufrieden ist, ebenso wie über seine Glasgower Rede. Man gibt offen der Furcht Ausdruck, daß das Land auf Bonar Laws Kundgebungen ungünstig reagieren wird.

### Rücktritt des englischen Botschafters in Paris Lord Hardinge.

Paris, 31. Oktober. Das bereits seit einigen Tagen hier umlaufende Gerücht, daß der englische Botschafter Lord Hardinge demnächst seinen Abschied nehmen wird, wird heute bestätigt. Der „Reit Parisien“ teilt mit, daß Lord Hardinge gelegentlich des Besuchs, den er gestern Poincaré gemacht hat, diesen informiert hat, daß er aus Familienrücksichten gegen Ende dieses Jahres oder spätestens im Laufe des Januar zurücktreten werde. Als voraussichtlicher Nachfolger Lord Hardinges wird Sir George Graham, der gegenwärtige englische Botschafter in Brüssel, genannt.

### Lloyd George erkrankt.

London, 1. November. Lloyd George leidet an einer Halsentzündung und mußte die in Bristol angesagte Rede absagen. Die Ärzte glauben, daß er in wenigen Tagen die Wahlkampagne wieder fortsetzen kann. Anzusehen wird Lord Birkenhead für Lloyd George in Bristol sprechen.

### Amerikaner Lloyd Georges.

Paris, 31. Oktober. Einige französische Blätter bringen die unkontrollierbare Nachricht, daß Lloyd George von Amerika eine riesige Summe für eine Vortragsreise angeboten worden ist. Unter den gegenwärtigen Umständen sei mit einer Reise nicht zu rechnen. Er habe aber auch nicht das Angebot kategorisch zurückgewiesen.

## Der Sieg der Faschisten.

### Mussolini übernimmt die Geschäfte.

Chiasso, 31. Oktober. Mussolini, der bald nach seiner Ankunft in Rom eine Unterredung mit dem König hatte, bei der ihn der König zu der Bildung des Kabinetts beglückwünschte, begab sich dann zu Facta und teilte ihm die Kabinettsbildung mit. Heute vormittag wurde das neue Kabinett vom König vereidigt. Wie die „Dea Nazionale“ berichtet, sagte Mussolini zum König: „Ich bitte um Verzeihung, Majestät, wenn ich mich in schwarzer Bluse vorstelle, ich komme aus einer glücklicherweise unblutigen Schlacht. Ich bringe Ihnen das durch den Sieg begünstigte Italien. Ich bin der treue Diener Euer Majestät.“

Nach der heute vormittag erfolgten Vereidigung der Minister übernahm die Regierung sofort die Arbeiten. Mussolini setzte die Präzedenzen von seinem Amtsantritt telegraphisch in Kenntnis und gab der Erwartung Ausdruck, daß alle ihre Pflicht erfüllen werden.

### Die faschistische Armee besteht weiter.

Das oberste faschistische Kommando erläßt einen Aufruf, der besagt, daß Ordnung und Disziplin jetzt mehr als je nötig seien, nachdem der Faschismus geistliche Macht geworden ist. Aus dem Aufruf geht hervor, daß sich alles doch nicht so glatt abspielt. Es wird ausdrücklich erklärt, daß die faschistische Armee bestehen bleibe, und vor Gerichten gewarnt, die durch Spittel verbreitet würden. Jede unüberlegte Handlung und Disziplinlosigkeit, sowie jede Handlung gegen die Befehle der Führer sei ein schweres Verbrechen und werde sofort bestraft. Faschisten und Armee bilden jetzt nur noch eine Einheit, die in der Liebe zum Volk und zum König zusammengehalten werde. Man habe die schärfste Revolution durchgeführt, die ein Volk vollbringen kann. Jetzt aber solle in jeden Gewehrlauf eine Blume gesteckt werden, und dieses Symbol solle der Ausdruck des Willens der Faschisten zur Verzeihung sein. Die Feinde hätten jetzt verstanden, daß die Faschisten unbezwingbare Kräfte in sich bergen, die der Kraft des Volkes selbst entstammen. Der Generalinspektor der Mailänder Faschisten erläßt eine strenge Anordnung, wonach man von heute, Mittwoch, nachmittag 3 Uhr an kein Schwärzband mehr auf den Straßen sehen dürfe.

### Anschläge, Verhaftungen und Zusammenstöße.

In einem Eisenbahnzuge in dem Faschisten sich aus Neapel nach Rom zur Teilnahme an dem Umzuge begeben wollten, der zur Feier des Sieges veranstaltet worden war, ist eine Höllenmaschine zur Explosion gebracht worden, wobei es mehrere Tote und viele Schwerverletzte gab. Die kommunistischen Abgeordneten werden einer nach dem anderen verhaftet. In Rom wurde die Arbeitskammer angezündet und der kommunistische vollkommen ruiniert. Auch beim Ausmarsch der Faschisten, namentlich in den Arbeitervierteln Roms hat sich eine große Anzahl von Zwischenfällen ereignet. Auch aus dem übrigen Italien, so aus Triest, kommen Meldungen von vielfachen Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kommunisten, wobei es viele Tote und Verwundete gegeben haben soll.

### Faschistische Besetzung der Brennergrenze.

Legnano, 1. November. Während der Mobilisierung hatten die Faschisten auch den Grenzübergang an Brenner besetzt, weil angeblich Einfälle aus dem nördlichen Tirol nach dem Trentino bevorstehen sollten. Die Ansammlung einer beträchtlichen Menge von Faschisten in Nordtirol dauert an, trotz der Demobilisation. Die Nationalisten und Regionäre haben sich zusammen mit den Faschisten dem faschistischen Oberkommando in Nordtirol zur Verfügung gestellt.

### Mussolinis auswärtige Politik.

Dem Berichterstatter der Turiner „Stampa“ entwidete Mussolini sein außenpolitisches Programm, das eine auswärtige Politik der Würde, der Ruhe und der Festigkeit ohne Schwankungen und Drohungen verspricht. Vor allem sei eine deutliche Erklärung nötig, daß Italien ein Staat ist, der beachtet werden will. Diese Achtung würden ihm die Faschisten verschaffen, nötigenfalls mit Maschinengewehren. Ihr Programm sei Arbeit, Sparsamkeit und Frieden. Konflikte sollen vermieden werden.

Im übrigen erklärte er, er sei durchaus nicht gegen die Arbeiter und auch nicht gegen die Massen. Die Arbeiterführer würden der faschistischen Bewegung nach einmal Sympathien entgegenbringen können. Sein Ministerium hat Mussolini in ähnlicher Art gebildet, wie er die ganze Bewegung einfach und geistig hat. Er hat die neuen Minister einfach ernannt, ohne sie vorher zu befragen. Eine Ausnahme hat er nur mit dem Kriegsminister und dem jetzigen Marineminister gemacht.

### Graf Sforza tritt zurück.

Paris, 31. Oktober. Der hiesige italienische Botschafter Graf Sforza ist seiner Verschiedenheit durch die Faschisten zugekommen und hat heute vormittag Poincaré von seinem Rücktritt in Kenntnis gesetzt. An Mussolini



telegraphierte er, er wüßte der neuen Regierung von Herzen alles Gute, aber in einer Außenpolitik, die wirklich eine Politik und nicht nur die Summe von Gefühlen oder von Gefühlsreaktionen darstelle, müsse eines zum anderen passen. Auf den schwierigsten Posten müßten Männer stehen, die mit der Auffassung der neuen Regierung in allem einverstanden seien. Er demissionierte daher, voller Trauer, eine Tätigkeit aufzugeben, die er als fruchtbar betrachten dürfe und die, wie er vertrauensvoll hoffe, fortgesetzt werde. Er sei aber von der Notwendigkeit seines Entschlusses überzeugt und habe sich bereit, entweder sofort abzureisen, oder auch den neuen Vorgesetzten zu erwarten.

### Stimmen der deutschen Presse.

Die Fasziisten-Revolution in Italien wird von der Berliner Presse in Anbetracht des Umstandes, daß eine geregelte direkte Berichterstattung noch nicht im Gange ist, einstweilen mit Zurückhaltung kommentiert. Die Presse der Deutschnationalen, die sicher am meisten mit dem Fasziismus sympathisiert, beschränkt sich darauf, in den Überschriften den Sieg Mussolinis zu betonen.

Der „Vorwärts“ gibt zu, daß heute auf Seiten der Fasziisten Hunderttausende italienische Arbeiter stehen, die früher, vielleicht noch vor einem Jahr, auf kommunistischer und sozialistischer Seite gekämpft hätten. Die Schuld an dieser ungeheuren Schwächung der italienischen Arbeiterbewegung hat nach dem „Vorwärts“ Sinomjew, der in die italienische Partei den Keim der Zersetzung getragen hat.

Von den Blättern der Reichsparteien begrüßt die „Zeit“, das Organ des Abgeordneten Stresemann, die fasziistische Bewegung als einen nationalen Aufschwung, von dem man in Deutschland etwas lernen könne. Es sei ein Beispiel dafür gegeben, was für eine hinreichende Macht eine große Bewegung entfalten könne, wenn sie unabhängig von der Staatsform sich nur in den Dienst der Nation stellt.

Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet die fasziistische Bewegung als eine Revolution, wenn sie auch die Stellung des Königs bisher nicht berührt habe. Die aus dem Weltkrieg entstandene Weltrevolution habe in Italien einen neuen Welt erhalten. Die Plamenzeichen müßten in der ganzen Welt beachtet werden.

## Deutsches Reich.

### Reichsbank und Stützungskasse.

Berlin, 1. November. Der Reichsbankpräsident legte heute dem Zentralausschuß der Reichsbank seine Auffassung hinsichtlich der Verwendung des Goldschages der Reichsbank dar. Er erklärte sich als absoluter Gegner der von den Sozialdemokraten und mehreren volkswirtschaftlichen Sachverständigen geforderten Einziehung des Goldschages der Reichsbank zum Zwecke der Stärkung des Reichsmarktes. Ohne fremde Hilfe durch eine internationale Anleihe werde die Stabilisierung der Mark um unmöglich sein. Die unerlässliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Reichsbankgoldes sei eine Steigerung der deutschen Arbeitsleistung. Einschränkung der Ausgaben, Herstellung des Gleichgewichts im Budget und Steigerung des Exports über den Import.

13 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in dieser Woche zum Preis von 13 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 8500 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbankmünzen erfolgt bis auf weiteres zum 85fachen Betrage des Nennwertes.

Ein weiterer Protest gegen das Münchener Urteil. Dr. Friedrich Thimm, der als einziger Gutachter im Münchener Verbandsratsprozeß gegen Bach und die Journalisten Gorgas und Lemble vernommen wurde, nimmt im „Vorwärts“ scharf Stellung gegen die Härte des Urteils des Münchener Volksgerichts, das er ohne Einschränkung als Fehlurteil bezeichnet. Er beklagt vor allem aber die politische Wirkung des Urteils, das die geistige Mainlinie zwischen Nord und Süd und zwischen den einzelnen Volksschichten vertiefen müsse. Die Unmenslichkeit dieses Urteils müsse förmlich wie Gift auf den inneren Frieden des deutschen Volkes und auf den Zusammenhalt zwischen Reich und Bayern wirken.

Staatsrat Dr. Meyer lehnt die Wahl zum bayerischen Ministerpräsidenten ab. Wie die „Münch. Neuest. Nachr.“ mitteilen, hat der Staatsrat Dr. Meyer im bayerischen Justizministerium, der von der Deutschen Volkspartei als Nachfolger des Grafen Rosenfeld als Ministerpräsident in Aussicht genommen war, erklährt, von seiner Person für eine Wahl als Ministerpräsident Abstand zu nehmen.

Die Berliner Börse unter polizeilichem Schutz. Da am Montag in Berlin das Gerücht verbreitet war, daß die Börse vom Straßenpöbel geküßt werden solle, wurde das Haus abgesperrt und unter polizeilichem Schutz gestellt.

Handelskammer in Elbing. Der Bezirk der Handelskammer für den Regierungsbezirk Marienwerder und das westliche Ostpreußen, Elbing, zu Elbing ist dem „Amüßigen preussischen Presseblatt“ zufolge auf den Kreis Braunsberg mit Ausnahme der Städte Braunsberg und Frauenberg, die zum Bezirk der Handelskammer Braunsberg gehören, vom 1. Oktober d. J. ab ausgedehnt worden.

Die Königsberger Hafenarbeiter sind wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten.

## Aus aller Welt.

Die Bureaucratie in Österreich. In Österreich bildet die große Anzahl überflüssiger Beamten einen ständigen Stein des Anstoßes. Auch die ausländischen Kontrollkommissionen haben sehr häufig auf diesen wunden Punkt hingewiesen. Es ist auch tatsächlich unerträglich, daß die Eisenbahnbeamten ungefähr sechsmal zahlreicher sind, als die nach dem jetzigen Stand des österreichischen Eisenbahnnetzes zu sein brauchen, und daß Österreich den gesamten Beamtenkörper noch aufrecht erhält, der ehemals für die österreichisch-ungarische Monarchie nötig war. Seine Zahl steht in ganz grellem Mißverhältnis zu den 8½ Millionen Einwohnern des jetzigen Österreichs. Nach langem Hin und Her wurde im Juni ein Gesetz angenommen, wonach 70 000 Beamte entlassen werden sollten. Den Entlassenen sollte eine Entschädigung gezahlt werden, die damals ungefähr 840 000 Millionen Kronen ausmachte. Inzwischen ist die Krone ins Abgrundlose gesunken. Die damals eingeführte Kommission hat aber ihre Pflicht erfüllt und die 70 000 Beamten ausgeteilt, die entlassen werden sollten. Nun stellt sich aber heraus, daß die Entlassung nicht erfolgen kann, weil die damals festgesetzte Entschädigung infolge der Geldentwertung nicht mehr ausreicht und heute nach dem damaligen Satz über 3 Millionen Kronen betragen müßte, d. h. mehr, als jetzt überhaupt Papierkronen in Österreich im Umlauf sind. Damit ist die Aktion also wieder zum Stillstand gekommen. Sankt Bureaucratismus scheint ein für allemal unerschütterlich zu sein.

Japan räumt Tsingtau. Wie Reuters aus Tokio meldet, hat die japanische Zivilverwaltung in Tsingtau mit dem 30. Oktober aufgehört. Alle Vorbereitungen zur Räumung seien getroffen; die Räumung werde gleich in den ersten Tagen des November durchgeführt werden.

## Wahlkalender.

3. November. Letzter Tag der wiederholten Auslegung der Wählerliste. (Art. 43, Abs. 1 und Art. 115 g.)  
5. November. Abstimmung für den Seim.  
12. November. Abstimmung für den Senat.  
13. November. Sitzung der Wahlkreiskommission zwecks Feststellung des Ergebnisses der Seimwahlen. (Art. 87, Abs. 1 und Art. 115 f.)  
20. November. Sitzung der Wahlkreiskommission zwecks Feststellung des Ergebnisses der Senatswahlen. (Art. 87, Abs. 1 und Art. 115 f.) (Ds. Ust. R. P. Nr. 81 vom 29. September 1922, Vol. 724.)

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 2. November.

### Die Reformationsfestfeier in Posen.

Der Reformationstag wurde nicht nur in sämtlichen hiesigen evangelischen Kirchen durch entzündende gottesdienstliche Feiern begangen, sondern auch durch einen gemeinsamen Gemeindeabend sämtlicher hiesiger evangelischen Kirchengemeinden im evangelischen Vereinshaus.

Studienrat Dr. Schneider und Geh. Konsistorialrat D. Staemmler sprachen über Entstehung und Bedeutung der Lutherbibel, von der das Neue Testament als sogenannte Septembibibel 1522, also gerade vor 400 Jahren, erschienen ist. Außer interessanten Einblicken in die Kleinarbeit des Übersetzers und seiner Mitarbeiter an diesem großen Werk wurde namentlich die künstlerische und religiöse Seite der Bibelübersetzung lebendig. Luthers Stellung zu den einzelnen apokalyptischen Büchern wurde namentlich durch seine eigenen fröhlichen Worte hierzu deutlich gemacht.

Die eindrucksvollen Ausführungen werden manchem evangelischen Christen seine Bibel wieder besonders lieb gemacht haben. Eingeleitet war der Gemeindeabend, dessen Gesamtleitung in den bewährten Händen von Pfarrer Wagner lag, durch musikalische Darbietungen des Posanenschors des Evangelischen Vereins junger Männer und namentlich durch 2 von Frauen Fuchs gesungene Lieder, die Pfarrer Streulich am Klavier begleitete. Die lutherische Verdeutschung des 124. Psalms: „War Gott mit uns in dieser Zeit“ in der Betonung von Schülz, sowie ein modernes Glaubenslied wurden eindrucksvoll vorgelesen, wofür die Versammlung der Künstlerin herzlich dankbar war.

Finanzminister Jastrzebski, der zur Eröffnung des neuen Gebäudes der „Bank Przemysłowa“ in der ul. 27. Grudnia (fr. Berliner Straße) eingeladen worden war, hat am Mittwochabend vor seiner Abreise aus Posen Vertreter der Posener Zweigstelle der „Agencia Wschodnia“ empfangen und ihnen einige Mitteilungen über das Verhältnis der Regierung zu den Banken gemacht. Zum Schluß ging er auf die Kreditinstitute im Posener Gebiet im besonderen ein und erklärte, daß die ihm in Posen überreichten Forderungen, die in der Hauptsache den Städteausbau betreffen, durchaus berechtigt seien, jedoch erst nach Festlegung der Bedürfnisse des ganzen Landes berücksichtigt werden könnten.

Die fröhlichen Nachfrüchte der letzten Zeit sind für die Landwirtschaft recht unwillkommen gewesen, da die Hackfrüchte noch nicht überall beendet war. Stellenweise sind noch Kartoffeln, zum Teil sogar große Flächen, vom Frost überdeckt worden, Rüben, und besonders Weizen und Roggen, waren noch vielfach zu rohen. Auch auf die Saaten hat der Frost eine ungünstige Wirkung gehabt, da er sie im Wachstum aufgehalten und ihren Stand sogar ver schlechert hat, so daß im allgemeinen der Stand der Saaten einen nicht sehr erquicklichen Anblick bietet. Ebenso steht infolge der Kälte der Bestand der Kartoffeln, der gerade in größerem Umfang eingelegt hatte. Dabei ist den Landwirten in diesem Jahre besonders viel daran gelegen, eine möglichst große Menge Kartoffeln rechtzeitig abzuliefern, schon weil bei der schwachen Streichung das Material zum Eindecken der Kartoffelmieten knapp ist.

Die neuen Preise für Nachwaren. Der Preis für Zigaretten ist in Posen mit Wirkung vom 1. November an um 60 v. H. erhöht worden. Die Tabakpreise sind gleichzeitig um 50 v. H. in die Höhe gegangen.

Geldsendungen von Polen nach Ausland. Die „Ras Kurjer“ teilt mit, daß die russische Postfach in Warschau einen neuen Posttarif für Geldsendungen von Polen nach Ausland herausgegeben. Nach diesem Tarif betragen die Postgebühren 10 v. H. der angewiesenen Summe.

Erhöhung der polnischen Pafgebühren in Deutschland. Bei den polnischen Konsulaten in Deutschland wurde die Gebühr für das Visum auf einen polnischen Paß, der bisher 150 M. betrug, auf 500 M. erhöht.

Die Jagd in der Wojewodschaft Posen. Das Verwaltungsgericht der Posener Wojewodschaft hat den Beginn der Schonzeit für Rebhühner, Wachsteln und Schnepfen auf Freitag, den 24. November, festgesetzt, so daß die Jagdzeit für diese Tiere mit Donnerstag, dem 23. November, endet. Die Schonzeit für Rejiden und Rejgeßen wurde auf das ganze Jahr 1922 ausgedehnt. Die Schonzeit für Rejböcke beginnt mit Sonntag, dem 17. Dezember, die Jagdzeit auf Rejböcke schließt mit Sonnabend, dem 16. Dezember.

Großes Theater. Freitag: „Konrad Wallenrod“, Sonnabend: „Die Flucht“, Sonntag nachmittag: „Faust“, Sonntag abend: „Szaszany Dwór“ (mit Herrn Weblewicz in der Rolle des Stefani). Vorverkauf bei Gzyzdzowski, ul. Fredry 1.

Deutsche Vortragveranstaltungen. Donnerstag, 8-10: Französisch für Fortgeschrittene (Gress); Freitag, 7-8: Polnisch für Anfänger (Gress); Freitag, 8-10: Französisch für Anfänger (Gress); Sonnabend, 6-7: Das deutsche Drama seit 1890 (Gyza); Sonnabend, 7-9: Englisch für Fortgeschrittene (Gress). — Sämtlich im Evangel. Vereinshaus.

Der Beethovenabend von Alfred Hoeßl findet, wie schon mitgeteilt wurde, am Sonnabend dieser Woche, dem 4. November, im Saal des Evangel. Vereinshauses statt. Hoeßl spielt an diesem Abend vier Beethoven-Sonaten, nämlich: die C-moll-Sonate op. 13, die E-dur-Sonate op. 109, die d-moll-Sonate op. 31 Nr. 2 und die Es-dur-Sonate op. 81a. Karten sind in der Zigarrenhandlung von W. Górski (Hotel Monopol) und an der Abendkasse zu haben.

Eine Shalepeare-Aufführung der „Wanderer“. Zu der am Montag, dem 6. November stattfindenden Shalepeare-Aufführung im Evangel. Vereinshaus durch die Wanderer des Deutschen Kulturschiffes sei bemerkt, daß „Was ihr wollt“ das Vollkommenste ist, was Shalepeare auf dem Gebiet des Lustspiels geleistet hat. Die Handlung bildet allerlei Verwickelungen, Verwickelungen und lustige Streiche. Traumbild und die ernsten Gesalten, stark gezeichnet, die humoristischen Charakterköpfe. Eine große Reihe von Bildern wird auf den Zuschauern vorüber. Die in Aussicht gestellte Vorstellung verspricht dem Posener Theaterpublikum einen heiteren, genussreichen Abend. — Karten sind im Vorverkauf im Zigarrengeschäft bei Gummier erhältlich.

Alfred Hoeßl, der hervorragende Pianist, dessen bisherige Konzerte in Posen von der Kritik und Publikum mit einmütigem Beifall aufgenommen wurden, gibt ein einziges Konzert in dieser Saison, und zwar am Sonnabend, dem 4. November, im Evangelischen Vereinshaus. — Das Programm umfaßt ausschließlich Werke von Beethoven, nämlich Sonate C-moll op. 13, Sonate E-dur op. 109, Sonate D-moll op. 81, und Sonate Es-dur op. 81a. Alfred Hoeßl gilt als einer der ersten Beethoven-Interpreten. Sein Spiel ist von der Kritik aller Länder als meisterhaft anerkannt worden. Der Kartenverkauf findet in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol) statt.

Jadwiga Pachowska, Sängerin an der Großen Oper in Madrid und an der Oper San Carlo in Neapel, kommt nach Posen und gibt hier ein einziges Konzert im großen Konzertsaal der Universität am Donnerstag, dem 4. November d. J. — Das Programm des Konzertes umfaßt Opernarien von Debussy, Rabel, Kullb, Pergolesi, Lieder von Wodkowski, Rózycki, Opiecki, Niemcewicz, Reynaldo Hahn, Raspiński und hier bis jetzt ganz unbekannte spanische Lieder von Manuel de Falla, dessen Kompositionen sich in Spanien großer Beliebtheit erfreuen. Am Klavier Prof. W. Miłojewski. Der Kartenverkauf findet in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol) statt.

Handarbeitsverkauf durch den Hilfsverein deutscher Frauen. Zahlreiche Anmeldungen von Handarbeiten jeder Art aus allen Teilen der Provinz gingen an den Aufruf des Hilfsvereins ein. Sie zeigen in erfreulicher Weise, wie großes Interesse allenthalben diesem neuen Versuch, dem weiblichen Mittelstand zu helfen, entgegengebracht wird. Der Verkauf soll, wie von vornherein geplant war, durch eine Ausstellung eröffnet werden. Alle fleißigen Hände in Stadt und Land werden deshalb hierdurch noch einmal aufgefordert, Arbeiten beizufügen und für weitgehende Verbreitung der Kenntnis dieser Mittelschicht zu sorgen. Es sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß Handarbeiten jeder Technik und sowohl Gebrauchs- als auch Luxusgegenstände willkommen sind. Wenn sich jemand für verschiedene Arbeiten zur Verfügung stellen will und nicht für jede ein Muster vorlegen kann, so sei es frei, neben der Probearbeit auf einem Bettel zu vermerken, welche Handarbeiten sonst noch von der Ausstellerin übernommen werden. Die Sendungen müssen den Namen der Eigentümerin tragen, den Vermerk, ob der Gegenstand veräußert ist, und den Preis, — doch erbittet sich der Vorstand des Hilfsvereins die Freiheit, letzteren durch Sachverständige prüfen und herauf- oder herabsetzen zu lassen. — Es wird gebeten, die Handarbeiten bis Freitag, den 10. November, in der Geschäftsstelle des Hilfsvereins in Posen, Wlad. Deszczynskiego 2, einzuliefern.

Nach dem Tode von Brennschiffen starb am Dienstag die 55jährige Antonie Wesołowska, eine bekannte Trinkerin, aus der ul. Wenecka 11/12 (fr. Weneckerstraße).

Einbruchdiebstahl. Nach dem Einbruch einer Schaufelherische in dem Konfektionsgeschäft in der Wladyslaw 1 (fr. Waderstr.) wurden mehrere Stücke Satin und Futterstoffe im Werte von 2½ Millionen Mark gestohlen. Der Einbruchdiebstahl ist um so unbegreiflicher, als ein besonderer Wächter mit der Bewachung des Geschäfts beauftragt ist. — Aus einem Laden in der Górna Wida 10 (fr. Kronprinzstr.) wurden 18 Paar Schuhe im Werte von 60 000 M. gestohlen.

Festnahme von Verbrechern. Die beiden Verbrecher, die Montag Abend den gemeldeten Raubüberfall auf die Verkäuferin der Möbelhandlung in der ul. Marcia 4 (früher St. Martinstraße) verübten, haben sich durch den ersten Mißerfolg nicht abschrecken lassen, sondern Dienstag abend einen neuen Überfall auf einen Drogeriebesitzer in der ul. Głogowska (früher Glogauerstraße) verübt. Hierbei gelang es, die beiden Verbrecher festzunehmen. Es handelt sich um den 34jährigen Monteure Marcin Jarczyński aus Wjebrowo, der noch eine zweijährige Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, und den 32jährigen Josef Łaciński aus Otrawo. — Gleichzeitig festgenommen wurde auf frischer Tat Franz Kulawski aus Włocławek, der eigens von dort nach Posen gekommen war, um gestern abend einen Einbruchdiebstahl in die Lederzentrale in der ul. Golebia 2 (früher Taubenstraße) zu verüben.

Bromberg, 1. November. Ein neuer Mord bei Hopfengarten. Unter dieser Überschrift schreibt die „Deutsche Rundschau“: Kaum drei Tage sind vergangen, seit wir von einem Raubmord im Zuge auf der Strecke Bromberg—Znojrodam berichteten, und schon wieder erhalten wir die Nachricht von einem neuen Mord, der in der Nacht zum Dienstag in derselben Gegend bei Hopfengarten verübt worden ist. Den bisherigen Ermittlungen zufolge ist die Ermordete die etwa 25jährige Kätnerstochter Hilde Kluge aus Grünwalde, deren Leiche nach der Tat auf den Bahndamm geschleift worden ist, anscheinend, um Selbstmord vorzutäuschen. Ein Raubmord liegt nicht vor, da etwa 120 Meter von der Leiche entfernt im Gebüsch verpackt ein Briefumschlag mit 3100 Mark Inhalt gefunden wurde. Die Leiche, die etwa 1000 Meter von dem Fundort der Leiche des im Zuge überfallenen Barzack entfernt von dem Bahndamm aufgefunden wurde, wies mehrere Hiebe mit einem scharfen Gegenstand, wahrscheinlich einem Beil, auf. Der Täter selbst konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Ebenso ist über die Vergräbnisse der Tat noch nichts bekannt, da auch ein Leichnam nicht vorliegt. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Raubmord. Die Ermordete hatte sich von Hause entfernt, angeblich um ihre verheiratete Schwester zu besuchen.

Schroda, 2. November. Auf dem Gute Sumieszki im hiesigen Kreise wurden sechs Treibziemen von 5, 2½ und 1½ Meter Länge und 12, 10 und 7 Zentimeter Breite im Werte von 500 000 M. gestohlen. — In Gultom, Kreis Schroda, wurden einem Landwirt durch Einbruch sämtliche Kleidungs- und Wäschegegenstände im Werte von zwei Millionen Mark gestohlen.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Kurze der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	30. Oktober	31. Oktober
4proz. Bräm.-Staatsanl. (Milio- noma)	150 + N	—
Bank Przemysłowa	300 + A	300—290 + A
Bank Jednoczenia	—	220 +
Bank Im. Spółki Jarosł. I.-X. Em.	390—340 + A	—
Polst. Bank Handlowy, Rożnów	550 + N	550 + N
Polst. Bank Białost. I.-IV. Em.	280—275 + N	275—280 + A
Arcona (exkl. Zukaufrecht)	600 + N	600—625—600 + A
Bydgoska Fabryka Wydel.	200 + A	200 + A
R. Baricowski	280 + N	280 + A
Byzelski Auto I.-II. Em. (exkl. Kup.)	280 + N	—
C. Cegielski I.-VIII. Em.	1350—1300 + A	1250 + N
Centrala Rolnikow I.-V. Em.	220—210 + N	215 +
Centrala Stór (exkl. Kup.)	500—490 + A	485—480 + A
G. Hartwig	320—330 +	330 +
Hartwig Kantorowicz	1125 + N	1100—1150 + A
Hurtownia Drogerijna	145—150 + N	—
Hurtownia Wiazgowa	—	180 + N
Hurtownia Stór I.-II. Em.	420 + N	400 + A
III. Em.	—	350 +
Hergels-Viktoria	800 + A	770—750 + A
Juno (exkl. Kup.)	500 + N	—
Quada, (fr. praej. ziem. (exkl. Kup.)	—	5550 +
Dr. Roman Mar	1825 + A	1800—1825 + A
Młyn i Tartak Wągrowiecki	400 + N	—
Młyn Ziemiński	500 + N	500—480 + A
Orient	—	180 + N
Półno	—	370—375 + N
Półno, Bydgoszcz	—	360 + N
Patria	—	625 + N
Polst. Spółka Drzewna I.-V. Em.	620—600 + N	625 +
Prac. Stabromsky Zapalki	825—830 + N	830 + N
Spółka Stolarzka	1500 + N	1500 + N
Sarmatia I.-II. Em.	520 + N	520 + N
Stoma	—	320 + N
Tanina	—	400 + A
Uz.	—	290 +
Unia (früher Genh) I. u. II. Em.	900 + N	950—1000 + A
Wielka, Bydgoszcz	—	1850—2000 + N
Wielka, Bydgoszcz	—	310 + N
Wielka, Bydgoszcz	—	950 + A
Auszahlung Berlin 318—310. Umlauf: 10 620 000 dtsh. Mark.	—	—
A — Angebot, N — Nachfrage, + — Umjag.	—	—

— Danziger Börse vom 2. November. Mittagstriebe: Polnische Mark 33½, Dollar 4850.



